

„Die militärische Tradition durchdringt noch immer alles“

Judith Kunze



Friedensdemo in Yangon 2017 © Generation Wave

Der Menschenrechtsaktivist Moe Thway ist Gründungsmitglied und Präsident der Organisation Generation Wave, die sich seit 2007 für Frieden, Demokratisierung und Menschenrechte in Myanmar einsetzt. Im Interview erklärt er, warum die Kultur der Gewalt, des Militarismus und der Unterdrückung in seinem Land noch immer so stark ist. Auch in der NLD, der Partei von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, dominiere ein autokratischer Führungsstil.

Nach den Parlamentswahlen 2015 in Myanmar gab es große Hoffnungen, dass die siegreiche Partei von Aung San Suu Kyi, die Nationalliga für Demokratie (NLD), den Demokratisierungsprozess in Myanmar voranbringen würde. Seither zeigt die Staatsberaterin einen zunehmend autoritären Führungsstil. Welche Hintergründe führen zu dieser Entwicklung und wie wirken sie sich auf die Demokratisierung aus?

Die politischen Veränderungen in Myanmar, die nach über fünf Jahrzehnten Militärdiktatur 2015 zu der Bildung einer Zivilregierung geführt haben, wurden nicht von den Menschen, der

Oppositionspartei oder Aung San Suu Kyi herbeigeführt. Das Militär hat sie initiiert. Es kann so die Oberhand behalten und sich durch die Verfassung und Gesetze absichern. Viele wichtige Positionen in Politik und Wirtschaft werden von Militärs besetzt und Straffreiheit für die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen ist gesetzlich verankert. Die Zivilregierung hat keinerlei Befugnisse über das Militär. Alle militärischen Angelegenheiten, Fragen der Sicherheit und der Verteidigung werden von der Militärführung entschieden und kontrolliert. Das ist verfassungsrechtlich festgeschrieben.



Friedensdemo in Yangon 2017 © Generation Wave

Ich denke, dass der Regierung und Aung San Suu Kyi angesichts der anhaltenden militärischen Macht das Selbstvertrauen fehlt, ihre politischen Rechte auszuüben. Sie fühlen sich unsicher in ihrer Rolle. Außerdem durchdringt die militärische Tradition noch immer alles. Auch viele führende NLD-Mitglieder haben einen militärischen Hintergrund, selbst Aung San Suu Kyi, deren Vater der Begründer der burmesischen Armee ist. Das hat ihre Persönlichkeit geprägt. Die meisten NLD-Mitglieder haben die Militärdiktatur erlebt und konnten keine demokratischen Werte oder ein Rechtsverständnis entwickeln. Es gibt eine jahrzehntelange Kultur der Gewalt, des Militarismus und der Unterdrückung in Myanmar. Der autoritäre Führungsstil wurde durch das langjährige Herrschaftssystem normalisiert. Auch die buddhistische Kultur und die patriarchale und hierarchische Tradition im Land haben dazu beigetragen.

Besonders problematisch ist aber, dass die NLD auch selbst nicht demokratisch ist. Aung San Suu Kyi wurde vor über 30 Jahren Parteivorsitzende. Diese Entscheidung wurde von ihr und einer Handvoll Parteimitglieder getroffen. Das ist in revolutionären Zeiten nachvollziehbar. Während der Militärdiktatur musste die NLD im Geheimen operieren und konnte den eigenen Leuten nicht trauen, weil es Agent*innen des militärischen Geheimdienstes in den eigenen Reihen gab. Sie haben das aber nie wirklich überwunden und bis heute fehlt es ihnen an Vertrauen untereinander und an der Fähigkeit, Entscheidung mehrheitlich zu treffen. Deshalb ist die NLD und ihre Führung so autokratisch.

*Nationalistische buddhistische Mönche schüren die Angst der Mehrheitsbevölkerung vor Muslim*innen, besonders den Rohingya, die angeblich eine Bedrohung für den Buddhismus und die Einheit des Staates darstellen. Welchen Nerv trifft das bei der Bevölkerung?*

Nicht nur die Führungselite steht unter dem Einfluss der militärischen Vergangenheit. Das gilt genauso für die „gewöhnlichen Menschen“. Sie haben unter anhaltender Armut und fehlender Bildung gelitten und konnten ihre Grundrechte nicht ausüben. Angst wurde in ihr Denken gepflanzt. Jetzt öffnet sich das Land, aber nur oberflächlich. Trotz jüngster Reformbemühungen besteht das mangelhafte Bildungssystem fort. Und auch die lokalen Verwaltungsstrukturen sind noch dieselben. Für die Menschen in den ländlichen Regionen hat sich bisher nur wenig geändert. Eine vielschichtige Kultur von Gewalt prägt die Beziehungen zwischen den Menschen und zwischen Institutionen und den Menschen.

Rund 90 Prozent der Bevölkerung sind Buddhist*innen. Religion spielt noch immer die wichtigste Rolle in ihrem Leben, wichtiger noch als Bildung oder Freiheit. Sie haben kein Vertrauen in das politische System entwickelt und können leicht durch staatliche Propaganda und Hassreden gegen ethnische und religiöse Minderheiten aufgestachelt werden.

Welche Rolle spielt hier das Militär?

In der Vergangenheit hat das Militär seine Herrschaft damit gerechtfertigt, das Land vor politischer Zerrissenheit und dem Auseinanderbrechen schützen zu müssen. Ab Anfang der 2000er Jahre wollte das Militär selbst einen Systemwechsel, um den Druck der internationalen Sanktionen zu mindern. Deshalb wurden zivile Parteien bei den Wahlen 2010 zugelassen. Aber wie sollte es die Macht in einem parlamentarischen System behalten? Es war naheliegend, sich einer nationalistischen und religiösen Ideologie zu bedienen, um Wähler*innen zu mobilisieren. Dafür mussten sie ein Feindbild finden. Die Muslim*innen boten sich an, denn sie machen nur wenige Prozent der Gesamtbevölkerung aus und können dem Land nicht gefährlich werden. So wurde der buddhistische Chauvinismus in Myanmar gestärkt. Und wieder behaupten die Militärs, das Land beschützen zu müssen.

Mit den Rohingya gab es bereits einen langjährigen Konflikt [über ihre Staatsbürgerrechte]. Die Militärs haben den Konflikt warmgehalten, um ihn dann eines Tages zu nutzen. Obwohl die Menschen in einer offeneren sozialen und politischen Umwelt leben, stehen sie noch unter dem Einfluss des vergangenen Systems. So haben sie die nationalistische Ideologie leicht übernommen und richten ihren Hass gegen Rohingya und andere Muslim*innen. Dabei gibt es eine Reihe unterschiedlicher Schnittmengen. Viele Menschen etwa unterstützen Aung San Suu Kyi politisch, aber verteidigen den Buddhismus und den Nationalismus besonders gegenüber Muslim*innen.

Was bedeutet dieser autoritäre Regierungsstil für die Menschenrechte in Myanmar?

Zwischen 2010 bis 2015 gab es eine Liberalisierung, was die Menschenrechte anging. Die Regierung suchte die Anerkennung der internationalen Gemeinschaft und wollte sich als Reformerin darstellen. Deshalb hat sie viele zivilgesellschaftliche Aktionen toleriert. In einigen Fällen hat sie aber auch unnachgiebig durchgegriffen, etwa 2012 bei Protesten gegen die Letpadaung Kupfermine in der Region Sagaing und 2015 gegen Studierende und Aktivist*innen, die einen Protestmarsch gegen die staatliche Kontrolle der Universitäten organisierten. Nachdem 2015 die NLD die Regierung übernommen hatte, glaubten wir, so etwas würde nie wieder passieren. Aber dann kam leider die Rohingya-Krise.

Es gibt auch eine Reihe von Gesetzen, die die Grundrechte einschränken, zum Beispiel das Telekommunikationsgesetz, das in Paragraph 66(d) die Meinungsäußerung in den sozialen Medien einschränkt. Wir hatten erwartet, dass die NLD das Gesetz ändern würde, so dass es mit internationalen Menschenrechtsnormen übereinstimmt. Aber das hat sie nicht gemacht, sondern es sogar benutzt, um Menschen, die die Regierung kritisiert haben, zu verhaften. Das hat uns schockiert.

Das Gesetz über friedliche Versammlungen und Demonstrationen wurde zwar geändert, aber nicht weitgehend genug. Zwar wurde die Haftstrafe für den Verstoß gegen das Gesetz von einem Jahr auf drei Monate gesenkt. Aber wer mehr als einmal im Jahr gegen das Gesetz verstößt, muss noch immer mit einer einjährigen Haftstrafe rechnen. Das ist wirklich verrückt. Wir haben nie erwartet, so etwas unter der NLD -Regierung zu sehen. Das zeigt ihre autoritäre Einstellung.

Die Einschränkung der Meinungsfreiheit hat direkte Auswirkungen auf uns Menschenrechtsaktivist*innen. Wir müssen an unsere Sicherheit denken und uns überlegen, ob wir die Regierung für etwas kritisieren. Das betrifft besonders den Völkermord an den Rohingya. Die Mehrheit der Menschen und auch viele Aktivist*innen sind von der Propaganda so beeinflusst, dass sie diesen Völkermord unterstützen. Mitte 2016 veröffentlichte Aung San Suu Kyi eine Stellungnahme, die den Botschaften, internationalen Organisationen und ausländischen und lokalen Medien untersagte, die Bezeichnung „Rohingya“ zu verwenden. Seither trauen sich die Menschen nicht mehr, sie zu gebrauchen. Es war kein Gesetz, aber wir wissen einfach nicht, was passiert, wenn wir der Anweisung nicht folgen.

Dazu kommt die nationalistische und islamfeindliche Hetze. Als die Gewalt gegen die Rohingya begann, wagten nur wenige moderate Personen, sich zu äußern. Ich selbst traue mich nicht, öffentlich über die Rohingya zu sprechen, auch wenn ich es immer wieder versucht habe. Es ist sehr gefährlich für mich und andere Aktivist*innen.

Wir wagen es auch nicht, uns zu anderen Themen zu äußern, etwa zu der verbreiteten Korruption staatlicher Institutionen oder dem Vorgehen des Militärs gegen Demonstrant*innen oder ethnische Gruppen. Das könnte als Verleumdung behandelt werden und kann eine Gefängnisstrafen von bis zu 20 Jahren bringen. Ich hatte nie erwartet, so etwas unter Aung San

Suu Kyis Regierung zu sehen und bin mir sicher, niemand auf der Welt hat damit gerechnet. Sie hat den Friedensnobelpreis und mehr als hundert andere Auszeichnungen bekommen. Sie war der ehrwürdigste Mensch in meinem Leben. Sie war über Jahrzehnte die meist respektierte und verehrte Führungspersönlichkeit. Ich glaube nicht, dass sie sich plötzlich verändert hat, sondern dass es tieferliegende Gründe gibt, von denen wir nichts gewusst haben. Ich will sie nicht verteidigen, aber ich glaube nicht, dass sie sich verändert hat, sondern dass sie schon immer so war. Wir haben sie vorher nur nicht wirklich gekannt.

*Du bist der Präsident von „Generation Wave“, einer engagierten Gruppe von Menschenrechtsaktivist*innen. Wie adressiert Ihr die Restriktionen der Regierung und wieviel Handlungsfreiraum habt Ihr noch?*

Nach der Wahl 2015 haben wir versucht, mit den Parlamentarier*innen zu sprechen. Die meisten kennen wir schon lange und sie sind unsere Freunde. Wir haben sie ermutigt, Änderungen repressiver Gesetze gegen die Meinungsfreiheit und andere Menschenrechte voranzubringen. Aber Aung San Suu Kyi dominiert nicht nur die Regierung, sondern auch das demokratisch gewählte Parlament. Als Staatsberaterin ist es ihr erlaubt, auch mit der Legislative zu sprechen. Keiner der Parlamentarier*innen wagt es, sich gegen ihren Willen zu stellen. Wenige Tage vor den Verbrechen an den Rohingya besuchte die UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte in Myanmar, Yanghee Lee, die Region und berichtete der Regierung über Anzeichen einer Ausweitung der Verbrechen. Daraufhin hat das Parlament sie verurteilt. Das zeigt den diktatorischen und autoritären Stil des Parlaments. Es ist nicht nur das Kabinett, sondern das ganze System.

Das ist sehr beängstigend und hat Auswirkungen auf unsere Advocacy-Tätigkeiten. Wir können zwar mit den Parlamentarier*innen sprechen und sie hören uns auch an, aber sie unternehmen nichts. Sie folgen nur der Regierung und nicken ab, was Aung San Suu Kyi und die Partei will. Das Parlament erfüllt seinen Zweck nicht mehr. Deshalb gehen wir bei kontroversen und kritischen Themen auf die Straße und demonstrieren, um die Menschen im Land und in der ganzen Welt darauf aufmerksam zu machen. Unter der vorherigen Regierung haben sich viele Menschen unseren Demos angeschlossen. Heute sind viele regierungsfreundlich. Sie sagen „Wieso stellt Ihr Euch gegen Mutter Suu? Sie hat einen Universitätsabschluss aus Oxford, sie hat den Friedensnobelpreis gewonnen, sie ist gütig und geduldig. Glaubt Ihr, dass Ihr es besser wisst als sie?“ Das hören wir sehr oft.

Wir versuchen auch, die UN-Sonderberichterstatter und andere internationale Menschenrechtsmechanismen zu erreichen. Sie sind unsere einzige Hoffnung, solange wir nicht mit der Regierung, dem Parlament oder anderen Institutionen sprechen können. Wir haben auch nicht mehr so viele Verbündete wie früher. Es gibt einige Organisationen und Aktivist*innen, die ihre Stimme mit uns gegen das Fehlverhalten der Regierung und anderer Institutionen erheben. Dafür werden wir angeklagt. Zurzeit laufen zwei Verfahren gegen mich und

Aktivist*innen anderer Organisationen, weil wir für Frieden und die Gleichberechtigung der ethnischen Gruppen demonstriert haben.



Friedensdemo in Yangon 2017 © Generation Wave

Der burmesische Aktivist Khin Zaw Win hat 2018 gesagt: „In Ermangelung einer politischen Ideologie verfallen Myanmars Regierende in Primitivismus, Populismus und Autoritarismus.“ [eigene Übersetzung] Wie kann eine zukünftige Vision für Myanmar entwickelt werden und welche Rolle kann die Zivilgesellschaft dabei spielen?

Um die Situation in Myanmar zu verändern, braucht es mehr als die Zivilgesellschaft. In der Vergangenheit haben wir versucht, soziale Veränderung zu unterstützen, Menschen zu mobilisieren und die NLD in ihrer Oppositionsrolle zu unterstützen. Wir haben geglaubt, dass die NLD eine liberale Demokratie will. Das heißt nicht, dass wir von der liberalen Demokratie so beeindruckt sind. Die Wirtschaft in Myanmar wurde durch nepotistische Strukturen zerstört, mit denen sich das Militärregime die natürlichen Ressourcen wie Jade, Edelsteine, Gas und Holz gesichert hat. Die Menschen leben in Armut und haben kaum Chancen auf eine angemessene Bildung und Gesundheitsversorgung. Wir wollen zwar eine liberale und soziale Demokratie, mit individuellen Freiheiten und Rechten, aber wir brauchen ein anderes Wirtschaftssystem. Der Wohlstand ist zu ungleich verteilt. Die Kluft zwischen arm und reich ist zu breit. Deshalb müssen wir für die Armen sorgen, den Bildungs- und Gesundheitssektor entwickeln, bezahlbaren Wohnraum schaffen usw. Dafür brauchen wir die Regierung.

Die NLD hat sich seit 2015 stark verändert. In der Zivilgesellschaft fragen sich viele, welche Partei wir bei den nächsten Parlamentswahlen 2020 wählen sollen. Es gibt keine Partei, die unsere Träume für die Zukunft erfüllt. Deshalb wollte ich 2016 mit Gleichgesinnten eine neue Partei gründen, die von den Aktivist*innen der 88er Generation geführt wird. Während der Rohingya-Krise mussten wir feststellen, dass sie die Regierung und das Militär unterstützen und uns sogar davon abhalten wollten, über die Unterstützung für die Rohingya zu sprechen. Da haben wir die Gruppe verlassen. Inzwischen sind sie eine politische Partei geworden, aber wir halten sie für gefährlich, weil sie die Ideologie der Militärs vertritt. Deshalb gründen wir gerade eine neue Partei, die unsere Werte vertritt. Was Khin Zaw Win gesagt hat, ist richtig in Bezug auf die etablierten politischen Parteien. Nicht einmal die NLD folgt ihren liberalen Werten, ihnen fehlt eine klare politische und ökonomische Strategie.

Meiner Meinung nach sollte es keine Allianz zwischen Regierung und Zivilgesellschaft geben. Die Zivilgesellschaft kann keine Gesetze machen, dazu brauchen wir das Parlament. Deshalb müssen wir manchmal eine politische Partei darin unterstützen, die Regierungsmehrheit zu gewinnen. Aber wir müssen sie beobachten und wenn sie Fehler macht, muss sie abgesetzt und ausgetauscht werden. Gleichzeitig müssen wir auch mit den Menschen arbeiten und über ihre Erfahrungen mit der Regierung und dem System berichten. Es ist die Rolle der Zivilgesellschaft, Werte wie Demokratie, Freiheit, Föderalismus und Menschenrechte zu fördern und die Regierung zu ermutigen, sie in ihre Politik zu integrieren und umzusetzen. Dafür brauchen wir aber eine Regierung, die uns zuhört. Die aktuelle Regierung und die politischen Parteien haben eine starke nationalistische und autoritäre Neigung, was unseren Werten diametral gegenübersteht. Deshalb müssen wir eine politische Gruppe oder Partei finden, die unsere Werte und Weltsicht repräsentiert.

Wenn wir über die Grenzen von Myanmar in die Nachbarländer der Region schauen, sehen wir zunehmend autoritäre Regierungen. Haben diese regionale Entwicklungen Auswirkungen auf Myanmar?

Ja und nein. Myanmar ist Mitglied in der ASEAN-Gemeinschaft und die Situation ist in den meisten Mitgliedsstaaten ähnlich. Außer Indonesien, wo die Situation nicht ganz so schlimm ist, werden alle mehr oder weniger autokratisch regiert. Wir sind Teil des ASEAN Youth Movement. In unserem Netzwerk nennen wir ASEAN die „Vereinigung des Bösen“. Die Antwort ist also insofern ja, als dass autoritäre Regime in der Nachbarschaft keine Inspiration bieten. Stattdessen helfen die Regime sich gegenseitig, die Missstände in ihren Ländern zu vertuschen.

Aber es gibt auch Grenzen. ASEAN musste Myanmar kritisieren, als das Militär im Zuge der sogenannten „Safran-Revolution“ 2007 hunderte Mönche umbrachte. Auch zur Rohingya-Krise mussten sie sich kritisch äußern. Aber sie haben das nicht zu Genüge getan. Insofern stimmt es, dass die Situation in den Nachbarländern Implikationen für Myanmar hat.



Protest 2017 © Generation Wave

Viel mehr wird Myanmar aber von den weiter entfernten liegenden westlichen Ländern beeinflusst. Dort nimmt der Nationalismus zu. Viele Politiker*innen und Bürger*innen schauen Richtung USA und fragen sich, warum sich dieses liberale Land so stark verändert hat. Das ist keine plötzliche Entwicklung. Sie wählen einen neuen Weg, weil sie es nicht mehr ertragen und die Grenzen von Demokratie und Menschenrechten sehen. Auch der Brexit hat Auswirkungen. Wir wollen eine föderale Struktur, aber Großbritannien hat sich dagegen entschieden.

Wenn die Lage in Myanmar dann bei den Vereinten Nationen diskutiert wird, fragen sich die Menschen, warum sich selbst die USA aus dem UN-Menschenrechtsrat zurückgezogen haben. Und dann zeigen Deutschland, Frankreich, Großbritannien oder die USA auf Aung San Suu Kyi und Myanmar und sagen, sie sollten toleranter gegenüber den Muslim*innen sein? Sie akzeptieren doch selbst die Menschen aus Syrien und dem Nahen Osten nicht. Wie soll Myanmar also die Rohingya tolerieren, wenn im Westen anti-muslimische Trends zunehmen? Dieses Narrativ basiert auf der Weltpolitik.

Andererseits ahmen die Länder in Südostasien den Westen auch nach. Nach 9/11 begann die ganze Welt Anti-Terrorismus-Maßnahmen zu schaffen. Wir haben keine terroristische Bedrohung in Myanmar, aber inzwischen gibt es entsprechende Gesetze und die Menschen haben Angst vor dem Terror.

In Myanmar und in den Ländern der Region sagt man, dass die USA und Europa Menschenrechte und Demokratie exportieren, um unsere Länder zu beeinflussen und sie wirtschaftlich wieder zu

kolonialisieren. In den letzten zwei Jahrzehnten hat der Westen aber nicht die Demokratie gebracht, sondern China- und Islamfeindlichkeit verbreitet. Die wurde nicht aus den asiatischen Ländern, sondern aus dem Westen importiert. Das hat eine signifikante Auswirkung auf unser Land und die Region Südostasien.

Die Autorin Judith Kunze unterstützt seit 2013 lokale Menschenrechtsorganisationen und NGOs in Kambodscha und Myanmar als Beraterin. Seit 2019 arbeitet sie im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes als Friedensfachkraft der KURVE Wustrow in Yangon. Das Interview wurde aus dem Englischen übersetzt und zum besseren Verständnis bearbeitet.

Myanmar: Wichtige Ereignisse der jüngeren Vergangenheit

1948: Burma erlangt Unabhängigkeit von der Britischen Kolonialmacht.

1949: Bewaffnete Kämpfe zwischen Zentralregierung und verschiedenen ethnischen Minderheiten brechen aus, die bis heute anhalten. Einige dieser Gruppen fordern ihre Unabhängigkeit, andere mehr Autonomie.

1962: Militärputsch unter General Ne Win, dessen Militärregierung das Land mit der Politik des „Burmesische Weg zum Sozialismus“ politisch unterdrückt und in den wirtschaftlichen Ruin treibt.

1988: Zwischen März und September kommt es zu Großdemonstrationen in Rangun und anderen Landesteilen gegen die politische Unterdrückung und Misswirtschaft. Die Regierung geht brutal gegen die Demokratiebewegung vor. Tausende Demonstrierende werden getötet, gefoltert und inhaftiert, bevor das Militär den Aufstand gewaltsam beendet.

Am 27. September wird die Oppositionspartei „Nationalliga für Demokratie“ (NLD) gegründet, deren Vorsitzende Aung San Suu Kyi wird.

1989: Das Militärregime verhängt den Ausnahmezustand und benennt das Land in „Myanmar“ um. Aung San Suu Kyi wird erstmals unter Hausarrest gestellt, wo sie bis 2010 mehr als 15 Jahre verbringt. Ihre Aufrufe zu gewaltfreiem Widerstand, Demokratisierung und Frieden machen sie zur wichtigsten Oppositionsführerin in Myanmar.

1990: Die NLD gewinnt die von der Militärregierung initiierten Parlamentswahlen. Das Regime erkennt das Ergebnis jedoch nicht an.

1992: General Than Shwe übernimmt die Führung des Militärregimes.

2007: Im August führt die drastische Erhöhung des Benzinpreises zu Protesten in Yangon und anderen Städten Burmas. Zehntausende Mönche schließen sich den Protesten an, die sich zu einer Demokratiebewegung entwickeln, die als „Safran-Revolution“ bekannt wird. Ende September beendet das Militär die Demonstrationen, bei denen laut Recherchen von Human Rights Watch mindestens 21 Menschen getötet und tausende verhaftet wurden (<https://www.hrw.org/news/2009/09/22/burma-end-repression-buddhist-monks>).

2008: Im Mai fallen im Irrawaddy Delta rund 138.870 Menschen dem Wirbelsturm Nargis zum Opfer. Nur wenige Tage später wird ein Verfassungsreferendum durchgeführt. Die neue Verfassung, die dem Militär mindestens 25

Prozent aller Sitze im Parlament sowie in Schlüsselministerien zuschreibt, tritt im September in Kraft. Für eine Verfassungsänderung sind 75 Prozent plus eine Stimme im Parlament nötig; ohne Beteiligung und Zustimmung des Militärs kann die Verfassung also nicht geändert werden.

2010: Am 11. November finden Parlamentswahlen statt, die von der NLD boykottiert werden. Wenige Tage später wird Aung San Suu Kyi aus dem Hausarrest entlassen.

2012: Die NLD tritt bei Nachwahlen an und erhält 43 von 45 Parlamentssitzen. Aung San Suu Kyi wird ins Parlament gewählt.

2015: Acht von 21 bewaffneten ethnischen Gruppen unterzeichnen das „Nationwide Ceasefire Agreement“ (Landesweites Waffenstillstandsabkommen) mit der Regierung. Seither hat der Friedensprozess keinen nachhaltigen Fortschritt gemacht und die Kämpfe zwischen dem Militär und verschiedenen bewaffneten Gruppen halten bis heute an.

Am 08. November gewinnt die NLD die Parlamentswahlen. Aung San Suu Kyi erhält u.a. den Posten der Staatsberaterin, Htin Kyaw wird Staatspräsident.

2017: Die seit 2012 immer wieder ausbrechende Gewalt von Nationalisten und Militärs gegen Rohingya und andere Muslime eskaliert im August. Rund 740.000 Rohingya fliehen vor Massenmorden, Vergewaltigungen und der Zerstörung ihrer Dörfer ins benachbarte Bangladesch, wo die meisten bis heute in Flüchtlingslagern leben.

2018: Staatspräsident Htin Kyaw tritt von seinem Amt zurück; Win Myint wird sein Nachfolger.